



WACHSEN

Zukunftskonzept „Frankfurt für alle“ | in Frankfurt am Main

Die Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Petra Roth, stellte Ende April zusammen mit Albert Speer von AS&P und Andreas Abold von der Kommunikationsagentur Abold aus München das fünf Kernthesen umfassende „Zukunftskonzept Frankfurt für alle“ vor. Ein Zusammenschluss von Frankfurter Unternehmen wird die Erstellung der Studie finanzieren, ähnlich wie bei dem zurzeit ebenfalls von AS&P bearbeiteten Masterplan für Köln (Heft 35.07).

Frankfurt im Jahr 2030 solle hoch qualifizierten Wissensarbeitern einen Standort bieten, der ihrem kosmopolitischen Lebensstil entspreche und sowohl

in Forschung und Bildung wie auch im Kultur- und Privatleben ausreichend Spielraum für neue Ideen biete, so Speer. Aber nicht nur für Neu- und Interimbürger müsse Frankfurt attraktiv sein, sondern auch für Frankfurter; die Stadt solle ein Klima schaffen, in dem Teilhabe, Toleranz und Integration möglich seien. Zwar sei Frankfurt bereits ein bedeutendes Wirtschafts- und Finanzzentrum, doch habe der Umzug der Deutschen Börse AG nach Eschborn gezeigt, dass die Stadt ihre harten Standortfaktoren aktiv pflegen müsse, um weiterhin für Unternehmen und Institutionen attraktiv zu sein. Dazu gehöre auch die Förderung einer impulsgebenden Wissenslandschaft. Die anstehende Sanierung der städtischen Infrastruktur und neue umwelttechnische Möglichkeiten fasst das Papier unter dem Schlagwort einer nachhaltigen „Green City“ zusammen. Als fünftes Ziel wird die

SCHRUMPFEN

Bürgerbegehren gegen den Stadtumbau | in Frankfurt/Oder

In der Lesart der Bundesregierung ist das Programm „Stadtumbau Ost“ ein voller Erfolg. Sie konstatiert eine Stärkung der ostdeutschen Städte und eine Aufwertung der Wohngebiete. Viele Bürger in den betroffenen Gemeinden sind allerdings anderer Meinung – so auch in Frankfurt/Oder, wo ein Bürgerbegehren gegen den Stadtumbau erfolgreich war. In den Ereignissen dort bilden sich nicht nur die Fehler einer einzelnen Stadtverwaltung ab, sie offenbaren auch grundsätzliche Mängel des Stadtumbau-Ost-Programms.

Frankfurt/Oder musste nach der Wende den Rückgang seiner Bevölkerung von 88.000 auf inzwischen 61.000 Einwohner verkraften. Im Jahr 2002 standen 18 Prozent der Wohnungen leer. Die Stadtverwaltung reagierte darauf mit mehreren Stadtumbaukonzepten: 2002 beschloss sie, bis zum Jahr 2015 6500 Wohnungen abzureißen. 2004 wurde diese Zahl auf 9500 erhöht. 2007 verabschiedete man schließlich ein drittes Stadtumbaukonzept: Bis zum Jahr 2020 sollen knapp 11.000 Wohnungen verschwinden.

„Und weil Frankfurt so groß ist, darum teilt man es ein, wohl in Frankfurt an der Oder und Frankfurt am Main“, meint diese Strophe aus dem „Peters Brünnele“-Lied zu wissen. Was aber, wenn die Stadt an der Oder weiterhin so massiv schrumpft wie in den vergangenen Jahren?

Links: Das Ostend der Mainstadt während der „Luminale“ im April mit in Szene gesetzter Großmarkthalle, die ihrem Umbau durch die Europäische Zentralbank entgegenseht.

Foto: Robert Metsch/EZB

Stärkung der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main genannt. Derzeit werden im Büro Speer Vergleichsstudien mit deutschen und ausländischen Städten erstellt. Dabei sucht man nicht den Vergleich im üblichen Rankingmodus, sondern analysiert beispielhafte Vorgehensweisen und Modellprojekte, um sie für Frankfurt nutzbar zu machen: Für „urbane Kreativität“ und neue Wohnmodelle bieten sich Projekte in Amsterdam an, für „kosmopolitische Lebensstile“ schaut man nach London, New York oder Berlin, für ökologische Aspekte nach Freiburg, und Zürich und noch einmal London gelten als Exempel für internationale Finanzplätze und eine internationalisierte Forschung und Bildung.

Glaubt man der kürzlich veröffentlichten Studie „Deutschlands lebendigste Städte“ der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und der Unternehmens-

derum drastischen Konsequenzen für die Attraktivität der Stadt. So stiegen die Fernwärmepreise aufgrund der Absatzrückgänge auf ein Rekordniveau, ging die Auslastung der Straßenbahn zurück, mussten Schulen, Kindergärten, Geschäfte, Gaststätten und Freizeitangebote geschlossen werden, da es an Nutzern fehlte. Der Ausfall von Steuereinnahmen und Finanzzuweisungen, die ebenfalls nach der Bevölkerungszahl bemessen werden, führte die Stadt in eine Haushaltskrise. Darüber hinaus wurde deutlich, dass teilweise völlig am Bedarf vorbei abgerissen worden war: Bald fehlten bis zu 4000 der begehrten preiswerten Zweiraumwohnungen.

Diese Missstände erregten den Unmut vieler Frankfurter: 2006 gründete sich die „Bürgerinitiative Stadtumbau“, die mit Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und Alternativvorschlägen für einen behutsamen Stadtumbau kämpfte. Die Initiative machte sich vor allem für den Erhalt der besonders nachgefragten preiswerten und altenfreundlichen Wohnungen stark. Zudem regte sie an, den Wohnungsleerstand nicht länger durch flächige Abrisse, sondern durch den Rückbau der oberen Etagen der Wohnhäuser zu bekämpfen. Gerade in fünf- und sechsgeschossigen Gebäuden ohne Aufzug stehen die oberen Geschosse meist leer, während die unteren ver-

beratung Roland Berger, ist Frankfurt nach München, Stuttgart und Hamburg die „viertlebensfähigste“ Stadt Deutschlands. Während aber München sich als sonige High-Tech- und Freizeit-Stadt präsentiert und Hamburg sich als „wachsende Stadt“ neu erfunden hat, wird Frankfurt immer noch als seelenlose Geldstadt für Karrieristen auf der Durchreise wahrgenommen. Speer dagegen betonte, dass Frankfurt in vielen Feldern sehr gut aufgestellt sei – was nur leider keiner wisse. Und so liegt die Mainmetropole wegen ihrer aus dieser Imageschwäche geborenen Selbstunterschätzung erst einmal auf der Couch.

Nein, neu seien die aufgeführten Punkte nicht, räumte Speer ein, neu wäre es jedoch, wenn es gelänge, alles umzusetzen und sämtliche Bereiche zu vernetzen. Auch wenn das Konzept bei dieser ersten Präsentation sehr im Allgemeinen verhaftet blieb, fand der Ansatz in der lokalen Presse ein ausnehmend positives Echo. Man scheint dem Dreigestirn aus politischer Macht, Sponsorengeld und technischem Sachverstand diese Aufgabe zuzutrauen. Das Projekt „Frankfurt für alle“ wird nun in die Phase der Strategieentwicklung gehen. Bis Ende des Jahres soll ein flexibel erweiterbares Handlungskonzept vorliegen, das als Grundlage für politische Entscheidungsprozesse dienen wird. An konkreten Leitprojekten soll sich die Trag- und Konsensfähigkeit der Speer'schen Ideen erweisen. Bemerkenswert an dem Projekt ist, dass sich Architekten und Stadtplaner hier ein neues Feld der raumbezogenen Strategieberatung erschließen, das bislang von City-Marketing-Gesellschaften und Unternehmensberatungen mit ausschließlich ökonomischen Prioritäten dominiert schien. *Uta Winterhager*

mietet sind. Wohnungskündigungen könnten bei dieser Variante vermieden werden. Doch die Stadtverwaltung stellte ihre Abrisspläne weiterhin als alternativlos dar. Deshalb entschloss sich die Bürgerinitiative im März dieses Jahres zur Einleitung eines Bürgerbegehrens. Mit der Aktion soll erreicht werden, dass die im Februar beschlossene Abrissliste für 2009 aufgehoben wird. Das Echo war enorm: Binnen kürzester Zeit konnten über 9000 Unterschriften gesammelt werden, das Quorum von 5300 Stimmen wurde damit deutlich übertroffen. Nun muss die Stadtverordnetenversammlung über die Zulassung eines Bürgerentscheids beraten. Die Linkspartei und Teile der SPD haben ihre Zustimmung bereits signalisiert, die anderen Parteien lehnen bislang einen Bürgerentscheid ab. *Matthias Grünzig*

schlau machen

INFORMATIONSDIENST HOLZ

www.informationsdienst-holz.de

Fachinformation und Beratung für Planer, Bauherren, Ausführende, Behörden, Ausbildung, Lehre und Wohnungswirtschaft

Individuelle Fachberatung
Telefon: 01802 465900
(0,06 Euro/Gespräch)*
E-Mail: fachberatung@infoholz.de

INFORMATIONSDIENST HOLZ · Holzabsatzfonds, Bonn

*aus dem Festnetz der Deutschen Telekom AG, ggf. abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen